

**Ingrid Fröhlich-Groddeck:
Rede im Amtsgericht Gardelegen am 27. März und 6. April 2018**

*Sehr geehrter Herr Richter Bormann, sehr geehrte Vertretung der
Staatsanwaltschaft Stendal, sehr geehrte Gäste,*

Von der Staatsanwaltschaft Stendal wird mir im Strafbefehl
Hausfriedensbruch vorgeworfen.

Ja, ich war zum angegebenen Zeitpunkt in Schnöggersburg. Mein Ziel war,
entdeckt und angeklagt zu werden.

Ich bin folglich nicht hier, um mich zu rechtfertigen oder zu entschuldigen,
sondern ich bin hier, um anzuklagen. Vor allem ist es das fehlende
Unrechtsbewusstsein in unserem Land für die Verbrechen, die von hier aus
vorbereitet werden und die weltweit eine Spur der Vernichtung hinterlassen,
die mich belastet.

Die Staatsanwaltschaft Stendal hat es über mehr als 20 Jahre versäumt,
Anklage zu erheben gegen die Kriegsverbrechen, die permanent in der
Colbitz-Letzlinger Heide vorbereitet werden.

In meiner Beweisführung werde ich gleichzeitig versuchen, das Lügen-und
Manipulations-Netz sichtbar zu machen, in dem wir uns befinden. Ich will
durchschaubar machen, soweit ich es vermag, dass Demokratie und Neo-
Liberalismus einander ausschließen. Ein Beispiel: Neoliberalismus ist
unvereinbar mit

Art1 GG: (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu
schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und
unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen
Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende
Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Entgegen Art. 1 GG werden im neoliberalen Wirtschaftssystem Menschen
eingeteilt in „Humankapital“ und „Überflüssige“.Darauf gehe ich später noch
genauer ein.

Neoliberalismus schafft Terroristen und führt Kriege gegen Terrorismus. Der
Kampf gegen den Terrorismus schafft immer mehr Terroristen und braucht
immer mehr Kriege, um sie zu bekämpfen. Auch darauf gehe später näher ein.
Dem Neoliberalismus liegt eine zutiefst faschistische Ideologie zugrunde.

Es liegt im Interesse der Machteliten, dass die untrennbare Einheit von
Neoliberalismus – Faschismus – Krieg mit ihrem zerstörerischen

Synergieeffekt für das Volk weitgehend unsichtbar bleibt. Dafür arbeiten ganze Denkfabriken.

Somit relativiere ich meine Anklage wegen des Versagens der Staatsanwaltschaft Stendal in der Vergangenheit, weil es in der Tat schwierig ist, dieses perfide Spiel, das verharmlosend: „Freie Marktwirtschaft“ genannt wird und viel besser sei als die „Soziale Marktwirtschaft“, auch nur annähernd zu durchschauen.

Das sollte jedoch nach diesen Gerichtsprozessen nicht mehr für die Zukunft gelten.

Ich werde mich zu folgenden Themen äußern:

1. Meine persönliche Betroffenheit
2. Die Neoliberale Demokratie
3. Grundgesetz, Menschenrechte und Völkerrecht als gesetzlicher Rahmen
4. Illegale Kriege der NATO, Kriegspropaganda, Kriegslügen, Meinungsmanagement
5. Kriegsverbrechen Uranmunition
6. Münchner Sicherheitskonferenz

1. Meine persönliche Betroffenheit

Für meinen Besuch in Schnöggersburg am 5. August 2017 gibt es ein ganzes System von Gründen:

Der Truppenübungsplatz in der Colbitz-Letzlinger Heide mit der Kriegsübungsstadt Schnöggersburg steht für illegale Angriffskriege der NATO, für psychologische Kriegsführung, Waffenlobby und Rüstungsexporte, für Interventionskriege und für eine Politik der Destabilisierung und Zerstörung blühender Staaten, aus denen Zigtausende Menschen fliehen. Diejenigen, die das „Glück“ hatten, es bis nach Deutschland zu schaffen, müssen dann bei uns nur allzu oft ein entwurzeltes Leben führen.

Dieser Ort steht aber auch für das neuerliche Versagen der deutschen Justiz.

Zwei Ursachen sehe ich dafür:

Ursache 1. Die Justizverbrechen der NS-Zeit sind nie wirklich aufgearbeitet worden.

Dazu sage ich später mehr.

Ursache 2. Der Neo-Liberalismus verfügt über ein Meinungs-Management, dem wir bisher nicht gewachsen sind.

In der Zeit von Willy Brandt wurde Entspannungspolitik gelebt: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=43099>. Heute erleben wir die Hass-und Haifischbecken-Politik des Neoliberalismus. Kriegspropaganda und Hetze gegen Staaten, die sich den Interessen der USA widersetzen, wie derzeit Syrien und Russland, werden immer dreister.

Ungestraft bleibt die NATO-Osterweiterung und in diesem Zusammenhang, dass deutsche Soldaten schon wieder an die „Ostfront“ geschickt werden als „Speerspitze“ der schnellen Eingreiftruppe der NATO.

In diese NS-Ideologie fügt sich auch ein, dass die Opfer des Überfalls Deutschlands auf die damalige Sowjetunion durch Totschweigen immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. 23 Millionen ermordete Menschen kommen in unseren Medien so gut wie nie mehr vor. In den Leitmedien gibt es wertvolle Kriegsoffer, die man öffentlich betrauert und wertlose Opfer, die nicht erwähnenswert sind. Dahinter steht das Menschenbild vom Herrenmenschentum und Untermenschentum.

Ebenso wie das Leugnen des Holocaust gehörte diese faschistische Praktik ebenfalls unter Strafe gestellt.

Eine andere Facette derselben Ideologie ist die Kriegs-Berichterstattung. Zivile Opfer der NATO-Kriege heißen „Kollateralschäden“ Erst seit Russland dem Hilfesuch der syrischen Regierung entsprach und sich am Krieg beteiligt, gibt es in Syrien „Kriegsoffer“ in den Leitmedien.

In einem hoch interessanten Vortrag von *Prof. Rainer Mausfeld: „Warum schweigen die Lämmer? Techniken des Meinungs-und Empörungsmanagements“* heißt es:

„Wir müssen wissen, dass wir in einem Manipulationskontext sind...insgesamt ergeben sich aus offiziellen Dokumenten, dass die USA seit dem Zweiten Weltkrieg für den Tod von 20-30 Millionen Menschen verantwortlich sind. Das sind Dimensionen, dass man sich fragt: Wie kann es eigentlich gelingen, solch monströse Dimensionen für die Bevölkerung praktisch vollständig unsichtbar zu machen? ... Die Fakten sind bekannt. Sie sind nur für die Bevölkerung durch Fragmentierung und Dekontextualisierung unsichtbar gemacht worden. Das heißt, es ist einfach nicht passiert. Und wenn es passiert ist, spielt es keine Rolle. Es interessiert niemanden,“ ...

So ist Schnöggersburg für mich ein Ort der Schande. Vollends pervertiert wurde das ganze System mit der Segnung von Schnöggersburg durch einen christlichen Militärpfarrer im vergangenen Jahr. Es gab nur wenige Stimmen, die sich gegen diesen Missbrauch der christlichen Ethik auflehnten, in deren Zentrum die Friedensbotschaft steht.

Eine der wenigen Stimmen, die mir bekannt geworden sind, war die Stimme des „Internationalen Versöhnungsbundes – Zweig Deutschland.“ Ich bin Mitglied des VB und so hat mich die Entrüstung ermutigt und gefreut.

1983 erschien Christa Wolf's „Kassandra“ Das Buch war eine wichtige friedensethische Stütze für die Friedensbewegung; ich wünschte, sie wäre es auch heute noch. Zum Thema Doppelmoral schreibt sie:
“Zwar ist...die Doppelmoral der Alten vielleicht nicht so allgegenwärtig, alles beherrschend und durchdringend wie die Doppelmoral der christlich-abendländischen Zivilisation, die eine ungeheure, immer subtilere und spitzfindigere demagogische Gedankenarbeit leisten muss, um das Gebot Du sollst nicht töten als sittliche Grundlage ihres Lebens anzuerkennen und es gleichzeitig, ohne moralisch zusammenzubrechen, für ihr praktisches Handeln außer Kraft zu setzen. So entstand im Zentrum dieser Kultur jener dunkle blinde Fleck, der ihr das Wichtigste, ihr mörderisches Doppelleben, verbirgt: Ein Defizit, das leider mit Notwendigkeit auch jene Prozesse, die zur Selbstvernichtung führen, vor den treibenden Kräften dieser Zivilisation unsichtbar macht; eine Hexenmagie, die wir nun vielleicht zu spät durchschauen.“

Immer deutlicher wird für mich: Berthold Brecht hatte nach dem Zusammenbruch des 1000jährigen Reiches Recht: *„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“* und leider gilt das noch bis heute.

2. Die Neoliberale Demokratie

Ein bedeutender Vordenker des Neoliberalismus war Walter Lippmann -1889-1974. Er war Berater von US-Präsident Wilson. Er entwickelte die Konzepte der ‘Elitendemokratie’, die aus zwei Klassen besteht: den ‘Spezialisten’, welche aktiv mit den Angelegenheiten des Allgemeinwohls betraut sind. Diese Männer analysieren die Lage der Nation und treffen Entscheidungen auf politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Ebene. Ihr gegenüber steht die Klasse der den Spezialisten überlassenen „Handlungsobjekte“. nach Lippmann die ‘verwirrte Herde’, vor deren Getrampel und ‘Gelärm’ die Spezialisten geschützt werden müssten. In einer funktionierenden Demokratie habe die Masse der Menschen (‘die Herde’) laut Lippmann lediglich die Befugnis, die Spezialisten zu wählen und den Rest der Zeit mit ‘Grasen’ zu verbringen.

In seinen Essays zur Demokratie fordert er, dass nur die spezialisierte Klasse für die „Herausbildung einer gesunden öffentlichen Meinung“ Sorge tragen dürfe, weil die Öffentlichkeit lediglich aus „unwissenden und zudringlichen Außenseitern“ bestehe.

Auf Lippmann geht auch die Idee der Think Tanks zurück, die nannte er Intelligence bureaus. Man kann eine Machtsicherung nur bekommen, wenn man den gesamten Bereich der Öffentlichkeit mit einem Sicherheitsnetz von

Think Tanks überzieht, welche die Deutungshoheit im geistigen Bereich haben. *Prof. Rainer Mausfeld in 28. Pleisweiler Gespräche - 22. Oktober 2017- Wie sich die "verwirrte Herde" auf Kurs halten lässt: Neue Wege der "Stabilitätssicherung" im autoritären Neoliberalismus*

Auf diesem Hintergrund bedarf es wohl kaum einer Begründung, dass dieses Wirtschaftsmodell Aufstandsbekämpfung zur eigenen Machtstabilisierung zwingend trainieren muss.

Schnöggersburg ist folglich für mich auch Symbol für eine Zwingburg dieses autoritären Wirtschaftsmodells.

Loïc Wacquant - ein französischer Soziologe, lehrt in den USA und Frankreich und forscht zu den Themen: urbane Ungleichheiten, das amerikanische Ghetto, das französische Banlieue, Rassismus und Gefängnis. Er schreibt:

„Der Neoliberalismus geht ...mit der Errichtung eines Kentaurus-Staates einher: ein liberaler Kopf auf einem autoritären Körper... Die USA dienen als lebendes Laboratorium für die neoliberale Zukunft mit einer Verwaltung und Disziplinierung der „Überflüssigen“ in der Neoliberalen Demokratie“

Schnöggersburg steht somit für ein globales Wirtschaftssystem, dessen Ziel es nicht ist, für die Lebensbedürfnisse von Menschen zu wirtschaften, sondern für ein System krankhafter Gier nach gefährlicher Geld- und Machtkonzentration. Ein System, das an Menschen lediglich insofern interessiert ist, ob sie sich als „Humankapital“ verwerten lassen. Gemäß Schätzung von Eurostat waren im Juli 2017 in der EU28 18,916 Millionen Männer und Frauen arbeitslos, davon 14,860 Millionen im Euroraum (die 19 Länder des Eurowährungsraumes).

Franz Müntefering SPD dazu:

„Da brauchen wir eine passende Ideologie: ‘Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen‘ “.

Anders ausgedrückt: wer arbeitslos ist, gehört zu den Überflüssigen. Im Neoliberalismus wird nicht Armut bekämpft, sondern die Armen.

Der afrikanische Politologe Achille Mbembe schreibt, dass die westliche Wertegemeinschaft eine „Nekropolitik“ betreibt: Macht darüber auszudrücken, bestimmen zu können, „wer leben wird und wer sterben muss“. (In: *M. Pieper et al. Biopolitik – in der Debatte. Wiesbaden: VS Verlag.*)

„Was bedeutet das? Das bedeutet, die Unterteilung der Bevölkerung in einen schützenswerten Teil und in einen Teil, dessen Leben eigentlich überflüssig ist, und der deswegen vermehrt Todesstrafe, Erschießungen durch die Polizei, Drohnenmorden... - was immer es gibt, ausgesetzt werden kann.“

Prof. Mausfeld 28. Pleisweiler Gespräche

Wer Neoliberalismus befürwortet, darüber sollte man sich im Klaren sein, muss in Ordnung finden, dass ganzen Menschengruppen die Menschenrechte aberkannt werden. Dafür genügt es, längere Zeit nicht als Humankapital interessant zu sein. Es genügt somit einige Zeit arbeitslos zu sein, um zu den „Überflüssigen“ zu gehören oder zu Hartz4.

3. Grundgesetz , Menschenrechte und Völkerrecht als gesetzlicher Rahmen

Zentrales Dokument für das Friedensgebot im Völkerrecht ist

*** Die Charta der Vereinten Nationen und das Statut des Internationalen Gerichtshofes.**

In der UN-Charta haben sich praktisch alle Völker der Welt (193) darauf geeinigt:

***Kriege sind illegal**

In der **PRÄAMBEL** heißt es:

WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN - FEST
ENTSCHLOSSEN,

künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern ...

*** Art. 2,** Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

Ausnahmen:

1. Wird ein Land angegriffen, darf es sich verteidigen.
2. Krieg gegen ein Land darf geführt werden, wenn ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates vorliegt.

Auch in unserem **Grundgesetz** ist das Friedensgebot verankert. Deshalb bedeutet jeder Bruch des Völkerrechts gleichzeitig auch einen Bruch unseres

Grundgesetzes und der nachfolgenden Gesetze. Dies folgt aus Artikel 25 GG: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“

1994 wurde die Colbitz-Letzlinger Heide von der Bundeswehr übernommen, nachdem die sowjetischen Streitkräfte abgezogen waren. Die Staatsanwaltschaft Stendal hätte bereits 1994 tätig werden müssen. Damals existierten bereits die „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr“. Was dort „Verteidigung“ genannt wird, entpuppte sich damals für uns juristische Laien sehr bald als schleichende Wiederbelebung nationalsozialistischer Großmachtträume. Eine „Wiederkehr des Verdrängten“ - aufgearbeitet wurde die NS-Justiz ja bis heute nicht. Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr“ bedeuteten das Ende der Bundeswehr als einer Verteidigungsarmee.

Dem entgegen zu wirken wäre Aufgabe des Bundesverfassungsgerichtes gewesen. Das BVerfG hätte die Pflicht gehabt festzustellen, dass die „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr weder mit dem Grundgesetz noch mit der Charta der Vereinten Nationen kompatibel sind. Das BVerfG tat jedoch - vorausseilend gehorsam - genau das Gegenteil. 1994 – zum Zeitpunkt der Übernahme des Geländes der Colbitz-Letzlinger Heide durch die Bundeswehr – entschied das BVerfG in seiner Out-of-Area-Entscheidung im Gegensatz zu früheren Rechtsprechungen. Es ignorierte, dass im Völkerrecht seit Jahrzehnten klar ist, dass sich „Kollektive Sicherheit“ und „Bündnisse“, wie die NATO, fundamental widersprechen.

Der ehemalige Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dieter Deiseroth schrieb dazu: „Diese Argumentation des BVerfG geht an Normstruktur und Norminhalt des Art. 24 Abs. 2 GG vorbei und implantiert so in diese Verfassungsnorm in ungerechtfertigter Weise eine abweichende, ja konträre sicherheitspolitische Grundkonzeption.“

Nach meinem Rechtsempfinden bedeutet die Out-of-Area – Entscheidung des BVerfG, vor allem, wenn ich die Folgen dieser Rechtsprechung sehe, ein Türöffner für das Eindringen des antidemokratischen Neoliberalismus in die demokratischen Grundfesten des Friedensgebotes des Grundgesetzes. Es bedeutet die Verrechtlichung von im globalen Maßstab organisierter Kriminalität.

Aus meiner Sicht hätte die Staatsanwaltschaft Stendal doch aber wenigstens gegen das militaristische Treiben in der Colbitz-Letzlinger Heide vorgehen müssen.

Es ist mir schon klar, dass der Erfolg fraglich gewesen wäre, aber der Versuch wäre ehrenhaft und verfassungskonform gewesen. Ich kann mir gut vorstellen, die Erosion unserer Demokratie wäre dann ein Stück weit aufgehalten worden.

Was aber hindert Sie heute daran, es zu tun. Leicht wird es nicht, aber es hat uns ja niemand versprochen, dass gelingendes Leben leicht sein würde.

Fritz Bauer sagte; „Ein neues Deutschland kann, wenn es leben und geachtet sein will, nicht dulden, dass Richter sich wieder zu Helfershelfern von Mordgesellen machen.“

Bauer war von 1956 bis zu seinem Tod 1968 Generalstaatsanwalt in Hessen, sorgte für die Überführung Eichmanns nach Israel und die Wiederherstellung der Ehre der Widerstandskämpfer des 20. Juli sowie für die Frankfurter Auschwitzprozesse.

Fritz Bauer war Staatsanwalt in einer Zeit, als noch 50% seiner Berufskollegen ehemalige Nazijuristen waren. Das bekam er zu spüren. Er schrieb: „Sobald ich mein Büro verlasse, befinde ich mich im feindlichen Ausland.“

Nach Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 sind alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Noch in der Weimarer Verfassung stand:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der **Gerechtigkeit** mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“

Im 3. Reich galt: „Recht ist, was dem Volke nützt!“ und „Der Führer schützt das Recht!“ – über Menschenwürde habe ich nichts gefunden. Es ist anzunehmen, dass nur Herrenmenschen Menschenwürde zuerkannt wurde.

4. Illegale Kriege der NATO, Kriegspropaganda, Kriegslügen, Meinungsmanagement, den Frieden bedrohende Gefahren, die sich daraus ergeben.

Am 24. März 1999 verkündete der SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Medien: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen

eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.“

Wie diese friedliche Lösung konkret aussah, zeigt der Film: „Es begann mit einer Lüge – Doku über NATO-Einsatz in Jugoslawien“

„Dieser Film zeigt, wie schon vom ersten Tag des Kosovo-Krieges an die Bevölkerung getäuscht wurde. Dieser Film zeigt auch, wie Tatsachen verfälscht und Fakten erfunden, wie manipuliert und auch gelogen wurde. Dieser Film zeigt, weshalb Bomben auf Belgrad fielen. Der Film ist mit Steuergeldern finanziert und der Inhalt dürfte der Öffentlichkeit gehören. Wortlaut aus dem Film von Jo Angerer und Mathias Werth; WDR-Ausgestrahlt im ARD 8.Februar 2001(21999):

"Wir wären ja auch niemals zu militärischen Maßnahmen geschritten, wenn es nicht diese humanitäre Katastrophe im Kosovo gäbe mit 250.000 Flüchtlingen innerhalb des Kosovo, weit über 400.000 Flüchtlingen insgesamt, und einer zurzeit nicht zählbaren Zahl von Toten.“ Rudolf Scharping (28. 03 1999):

"Viel wichtiger ist die Frage, was geschieht jetzt im Kosovo: Wenn ich höre, dass im Norden von Pristina ein Konzentrationslager eingerichtet wird, wenn ich höre, dass man die Eltern und die Lehrer von Kindern zusammentreibt und die Lehrer vor den Augen der Kinder erschießt, wenn ich höre, dass man in Pristina die serbische Bevölkerung auffordert, ein großes ‚S‘ auf die Türen zu malen, damit sie bei den Säuberungen nicht betroffen sind, dann ist da etwas im Gange, wo kein zivilisierter Europäer mehr die Augen zumachen darf, außer er wollte in die Fratze der eigenen Geschichte schauen.“

Außenminister Joschka Fischer unterstrich damals seine Zustimmung zum ersten deutschen Krieg seit 1945 mit der Begründung, er habe nicht nur „Nie wieder Krieg“, sondern auch „Nie wieder Auschwitz“ gelernt. Damit spielte er auf vermeintliche „Konzentrationslager“ und einen „neuen Hitler“ an.

Das ist so ein ganz typischer Trick dieser Think Tanks oder auch Denkfabriken: Die NATO wollte Krieg und Deutschland sollte endlich mit hineingezogen werden. Bekannt war, dass die Mehrzahl der Deutschen keinen Krieg wollte. Also erfand man die Lüge der Konzentrationslager. Die Verknüpfung von „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Auschwitz!“ hatte Joschka Fischer aus Washington mitgebracht – Demagogie vom Feinsten: das Trauma der Deutschen – die Vernichtungslager – wurde missbraucht, um den Friedenswillen auszuhebeln. Als sich später alles als Lüge herausstellte, war der Bann gebrochen und den Kriegsverbrechern in der Bundesregierung passierte gar nichts.

Der damals leitende deutsche General bei der OSZE und eine amerikanische Diplomatin, die damals im Kosovo war, erinnern sich:

Heinz Loquai, General a. D. - OSZE:

"Die Legitimationsgrundlage für die deutsche Beteiligung war die so genannte humanitäre Katastrophe, eine solche humanitäre Katastrophe als völkerrechtliche Kategorie, die einen Kriegseintritt rechtfertigte, lag vor Kriegsbeginn im Kosovo nicht vor. Hier muss ich mich wirklich beherrschen, weil der Vergleich mit Auschwitz und der Situation im Kosovo eine ungeheuerliche Behauptung ist. Man muss sich als Deutscher schämen, dass deutsche Minister so etwas getan haben, denn ein normaler Mensch, ein normaler Deutscher, wird vor Gericht zitiert, wenn er in derartigem Ausmaße Auschwitz verharmlost. Und dass ein deutscher Minister von KZs im Kosovo sprach, ist auf der gleichen Linie, denn KZs sind Einrichtungen einer bestimmten historischen Situation, nämlich der nationalsozialistischen Zeit in Deutschland. Und ich finde es im Grunde genommen ungeheuerlich, dass gerade Deutsche diese Vergleiche gewählt haben."

Norma Brown, US-Diplomatin im Kosovo:

"Bis zum Beginn der Nato-Luftangriffe gab es keine humanitäre Krise. Sicher, es gab humanitäre Probleme, und es gab viele Vertriebene durch den Bürgerkrieg. Jeder wusste, dass es erst zu einer humanitären Krise kommen würde, wenn die Nato bombardiert. Das wurde diskutiert: In der Nato, der OSZE, bei uns vor Ort und in der Bevölkerung."

Jamie Shea, Nato-Sprecher:

"Die politischen Führer spielten nun die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung. Sie sind die demokratisch gewählten Vertreter. Sie wussten, welche Nachricht jeweils für die öffentliche Meinung in ihrem Land wichtig war. Rudolf Scharping machte wirklich einen guten Job. Es ist ja auch nicht leicht, speziell in Deutschland, das 50 Jahre lang Verteidigung nur als Schutz des eigenen Landes gekannt hatte, statt seine Soldaten weit weg zu schicken. Psychologisch ist diese neue Definition von Sicherheitspolitik nicht einfach. Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese zu formen verstehen. Es stimmt mich optimistisch, dass die Deutschen das verstanden haben. Und jenseits der sehr unerfreulichen Begleiterscheinungen, der Kollateralschäden, der langen Dauer der Luftangriffe, hielten sie Kurs. Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren."

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wusste US-Präsident George Bush unfassbar schnell, Osama bin Laden und 19 Muslime aus dem Terrornetzwerk al-Quaida sind für die Anschläge verantwortlich. Wie das

Präsident Bush wissen konnte ohne kriminalistische Untersuchung, ist sein Geheimnis.

Der UNO-Sicherheitsrat konnte der Sichtweise Bushs nicht folgen und verweigerte den USA das Mandat, in Afghanistan einzumarschieren. Die USA überfielen trotzdem bereits am 7.Oktober das Land.

Nicht ganz unwichtig ist in diesem Zusammenhang, dass al Quaida von der CIA während des Krieges gegen die Sowjetunion aufgebaut und mit Waffen ausgerüstet hatte, als die Sowjetunion den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Afghanistan geführt hat. (Am 24.12.1979 überfiel die sowjetische Armee mit 100 000 Soldaten auf Befehl Breschnews - Staatsoberhaupt der Sowjetunion - Afghanistan.)

Die Resolution 1368 des UNO-Sicherheitsrates vom 12. September 2001 besagt, dass die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen und dass „diejenigen, die den Tätern, Drahtziehern und Förderern helfen, sie unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren, zur Rechenschaft gezogen werden müssen“.... Der UNO-Sicherheitsrat forderte alle Staaten der Welt zur Zusammenarbeit auf und „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um auf die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 zu antworten und jede Form des Terrorismus in Übereinstimmung mit seinen Verantwortlichkeiten nach der Charta der Vereinten Nationen zu bekämpfen.“

Die Formulierung in der Resolution 1368 wurde sehr verantwortungsvoll und weitsichtig gewählt: „...jede Form von Terrorismus in Übereinstimmung mit seinen Verantwortlichkeiten nach der Charta der Vereinten Nationen zu bekämpfen.“

Afghanistan wurde nicht genannt – und auch kein anderes Land, weil es keine Beweise gab für die Schuld-Behauptungen von US-Präsident George Bush.

Die NATO teilte nicht die Ansicht des UNO-Sicherheitsrates. Die Tatsache, dass der Sicherheitsrat kein Mandat für den Einmarsch in Afghanistan erteilt hatte, wegen mangelnder Beweise einer Schuld am Terroranschlag vom 11.9.2001, hinderte die NATO nicht daran, am 2. Oktober 2001 den Bündnisfall gem. Art.5 des Natovertrages auszurufen.

Begründung von George Robertson – britischer Generalsekretär der NATO: Die USA hätten dem NATO-Rat überzeugend dargelegt, dass die Attentäter Mitglieder von al Quaida seien, von Bin Laden angeführt und von den Taliban in Afghanistan unterstützt. Damit handle es sich um einen Angriff der USA von außen und sei ein Verteidigungsfall.

Den Unterschied, dass der UNO die Beweise, die Bush vorlegte, nicht genügten, wohl aber dem NATO-Rat sollte man sich gut merken. Kriegslügen sind immer wiederkehrende Muster, ebenso die Ignoranz des Rechtes.

Es beweist, wie wichtig starke Zivilgesellschaften überall in der Welt sind, mündige Menschen, die den Lügen nicht mehr glauben. Es wäre wichtig, sich für eine Stärkung der UNO einzusetzen. Die UNO ist zwar schwach, aber wir haben nichts Besseres. UNO und Zivilgesellschaften brauchen einander. Sie haben die Chance aneinander und miteinander zu wachsen und sich gegenseitig zu stärken gegen eine immer aggressiver werdende Außenpolitik der Staaten der westlichen Welt.

Am 22.12.2001 ließ Kanzler Schröder über die Teilnahme am Afghanistan-Krieg abstimmen. Mit knapper Mehrheit stimmte das Parlament zu: 336 zu 326 Stimmen. FDP und die Vorgängerpartei der Linken, die PDS, stimmten geschlossen gegen den Krieg.

Wieder wurde im Parlament grundgesetzwidrig einem illegalen Krieg zugestimmt und wieder blieben die Juristen untätig.

Am 5. Februar 2003 verkündete Collin Powell in einer Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrates: „Wir wissen, dass Saddam Hussein entschlossen ist, seine Massenvernichtungswaffen zu behalten und weiter herzustellen.“ Dabei hielt er das berühmte kleine Fläschchen mit weißem Pulver in die Höhe – als Beweis für das Vorhandensein von Chemiewaffen im Irak.

Am 19. März 2003 griffen US-Präsident George Bush jun. und der britische Premierminister Tony Blair ohne UNO-Mandat den Irak an und besetzten das Land mit 100 000 Soldaten.

Später stellte sich heraus, dass es weder Giftgas noch andere Massenvernichtungswaffen im Irak gab.

Deutschland beteiligte sich offiziell zwar nicht an dem Irakkrieg, entsandte aber 5000 Bundeswehrsoldaten zusätzlich nach Afghanistan, damit die USA entsprechend mehr Soldaten an die Front in den Irak schicken konnten.

2015 ermittelte IPPNW - die Organisation Internationaler Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges – dass seit 2003 im Irak etwa 1 Million Menschen getötet wurden.

Der Irakische Präsident Sadam Hussein hatte am 2. August 1990 das Nachbarland Kuwait überfallen und nach kurzer Zeit erobert.

Daraufhin erhielt die USA ein UNO-Mandat, dem überfallenen Land Kuwait militärisch zu helfen. Dieser Einsatz war einer der wenigen legalen Kriege der USA seit 1945.

Nach Beendigung des Krieges verhängte die UNO gegen den Irak ein Wirtschaftsembargo, dem vor allem viele Kinder zum Opfer fielen. 2006 wurde Madeleine Albright – seit 1993 UNO-Botschafterin – von einer Journalistin gefragt, ob das Embargo noch zu rechtfertigen sei, dem ½ Million Kinder zum Opfer gefallen waren. „Wir glauben, es ist diesen Preis wert“, antwortete Frau Albright.

Am 13. November 2015 wurde Frankreich Opfer eines Terroraktes, die Attentäter waren Franzosen und Belgier. Als Vergeltung wurde am 4. Dezember von Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages der Einsatz der Bundeswehr in Syrien beschlossen. Die Partei die LINKE war die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die geschlossen gegen den Syrienkriegseinsatz gestimmt hat.

Aufgabe der Justiz wäre es gewesen, die Bundesregierung daran zu hindern, diesen Beschluss-Text zur Abstimmung in's Parlament zu bringen. Er stellte einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar: Syrien hat Deutschland nicht überfallen und auch nicht bedroht. Es gab kein UNO-Mandat für einen NATO-Krieg gegen Syrien. Damit ist der Krieg gegen Syrien ein illegaler Angriffskrieg. Der damalige Justizminister Maas erklärte vor der Abstimmung im Bundestag, der Syrieneinsatz sei weder verfassungs- noch völkerrechtswidrig. Der Bundesjustizminister sagte die Unwahrheit. Die Verlängerung des Syrienkrieges wurde nun schon zum dritten Mal durch Bundestagsbeschluss verlängert.

Ich habe nur einige der aktuellen NATO-Kriege und ihre angeblichen Ursachen dargestellt.

Es sind immer ähnliche Muster: ein barbarischer Diktator, Schuldige für den 11. September in Afghanistan, Giftgas, das es dann ebenso wenig gab, wie die Konzentrationslager und am dreitesten, der Krieg gegen Syrien als Vergeltung der Terroranschläge in Paris, obwohl bekannt war, dass die Attentäter Franzosen und Belgier waren. Beweise werden nicht mehr benötigt und UNO-Mandate auch nicht.

Für mich ist das Rechtsbankrott.

Von 3 Juristen aus der Friedensbewegung wurde eine „Strafanzeige gegen die Jasager im Deutschen Bundestag zur Kriegsbeteiligung in Syrien“ formuliert. Ich habe mich ihr angeschlossen. Adressiert war die Strafanzeige an Herrn Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank.

Die Anzeige bezog sich auf §80 StGB i.V. mit Art. 26, Abs1 GG. Ich erhielt auch eine recht lange Antwort, wo der Generalbundesanwalt juristisch begründet, dass alles rechtens sei. Auf die Tatsache, dass unter den Attentätern in Frankreich keine Syrer waren, jetzt aber als Vergeltung Syrien bombardiert wird, ging der Herr Generalbundesanwalt nicht ein.

Auf dem Hintergrund klage ich an, dass alle von der NATO geführten Kriege, die in der Colbitz-Letzlinger Heide vorbereitet werden und somit alle Kriege, in welche die Bundeswehr einbezogen ist, illegale Angriffskriege sind. Diese Kriegsverbrechen in anderen Ländern sind aber nur die Spitze des Eisberges. Darunter, weniger wahrnehmbar liegt ein ganzes System von Verbrechen. So

werden auch an unseren Soldatinnen und Soldaten Verbrechen verübt. Oft werden sie mit Lügen in die Kriege gelockt. Viele glauben, sie sollten Schulen bauen, Brunnen bohren und Menschen beim Aufbau einer demokratischen Ordnung behilflich sein. Dass alle diese Kriege illegal sind, weil sie kein UNO-Mandat haben, wissen sie vermutlich nicht wirklich. Sie wissen nicht, dass sie beauftragt werden, für imperiale Machtinteressen fremde Menschen zu töten, in deren Ländern Bodenschätze sind, die der Westen haben, aber nicht fair bezahlen will. Die jungen Menschen wissen vermutlich nicht, dass sie gegen das Völkerrecht verstoßen und gegen das Friedensgebot unseres Grundgesetzes.

Es sind nicht nur Verbrechen gegen die Menschen in den Ländern, die von NATO-Armeen überfallen werden, es sind auch Verbrechen gegen unsere Soldatinnen und Soldaten, wenn sie zu spät erfahren, dass sie missbraucht wurden zum Morden. Sie müssen mit der seelischen Last der Kriegserlebnisse weiter leben.

Zu Kriegsende war ich knapp 8 Jahre alt. Meine Kriegserlebnisse waren, dass ich die Bombardierung Dresdens von weitem gesehen habe: das Flammeninferno war bis in meine Heimat zu sehen – dem heutigen Tschechien. Im August 1945 – ca. 4 Monate später – kamen wir als Vertriebene durch das zerbombte Dresden. Ich liebe Dresden, seine Galerien, Theater, Kirchen, die Musikstudenten, die überall in Parks und auf Straßen üben und damit eine wundervolle Stimmung schaffen. Die Erinnerung an den Leichengestank ist immer noch schwach präsent. Das ist bei mir nicht traumatisch, aber die Tatsache, dass die Erinnerung nicht völlig erlischt, löste bei mir die Frage aus, wie werden Menschen, die wirklich den Krieg hautnah in seiner Brutalität erlebt haben, damit fertig? Dabei bin ich auf das Phänomen der „Kriegsenkel“ gestoßen: Es geht dabei um Enkel von ehemaligen Soldaten der Wehrmacht, die ihren Opa meist nicht kennengelernt haben, die auch keine Kriegserlebnisse erzählt bekamen und trotzdem traumatisiert sind, als hätten sie selbst die Kriegsgeschehen des Großvaters erlebt. Das Kriegsgrauen des Großvaters hat sich in den Genen festgesetzt. Wir wissen es heute, dass Krieg nicht nur Gebäude und die Leiber von Menschen zerstört. Krieg zerstört die in Jahrzehntausenden gewachsene, ohnehin dünne Kulturschicht, die uns von der Barbarei trennt.

In einer kleinen Erzählung „Du sollst nicht töten“ schreibt Hermann Hesse 1918: „Man kann nicht nur Gegenwärtiges töten, sondern auch Zukünftiges“

Und trotzdem lassen wir die Bundeswehr in unsere Schulen.

Am 22.2.2018 verlas Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung, in der es auch um Sicherheitspolitik geht.

Ich zitiere einen kleinen Ausschnitt: „Wir alle sehen, wie sehr Europa durch seine geografische Lage exponiert ist; denn die Kriege und Konflikte in Syrien, Libyen oder der Ukraine finden nicht irgendwo auf der Welt statt, sondern nur wenige Flugstunden von Berlin entfernt. **Wir alle sehen, dass die Verletzung völkerrechtlich anerkannter Grenzen in Europa kein Tabu mehr ist.** Und wir alle sehen auch, wie sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft zunehmend verlagert, ganz besonders nach Asien, nach China.“

Hier suggeriert die Bundeskanzlerin, dass andere Länder „völkerrechtlich anerkannte Grenzen“ missachten. Wer würde bei dieser nebulösen Beschreibung vermuten, dass die Bundesrepublik völkerrechtlich anerkannte Grenzen bricht?

Genauso erlebe ich es auch in Gesprächen mit Menschen, die ihre politische Bildung aus Tagesschau und Talk-Show beziehen: das sind die Anderen und vor allem die Russen sind ja so gefährlich aggressiv... Die Rechnung geht also auf: die meisten Menschen haben keine Ahnung von den Kriegsverbrechen, die die NATO und ihre Verbündeten begehen.

Später dann geht es weiter in der Regierungserklärung: „Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen geht es wahrscheinlich so wie mir: **Das, was wir im Augenblick sehen, die schrecklichen Ereignisse in Syrien, den Kampf eines Regimes nicht gegen Terroristen, sondern gegen seine eigene Bevölkerung, die Tötung von Kindern, das Zerstören von Krankenhäusern, all das ist ein Massaker, das es zu verurteilen gilt und dem wir ein klares Nein entgegensetzen. Wir sind aber auch aufgefordert, zu versuchen, eine größere Rolle dabei zu spielen, um ein solches Massaker beenden zu können.** Darum müssen wir uns als Europäer bemühen, meine Damen und Herren.

Diese Aufforderung gilt auch für die Verbündeten des Assad-Regimes, ganz besonders für den Iran und Russland. Hier gibt es eine Verantwortung. Unser Bundesaußenminister hat heute früh noch mit Herrn Maurer vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz telefoniert, und er wird mit dem russischen Außenminister sprechen. Wir müssen alles, was in unserer Kraft steht, tun, damit dieses Massaker ein Ende findet.“

Ich möchte das bekannte Muster herausarbeiten vom Tyrannen, der dieses Mal keine Konzentrationslager betreibt, dafür aber eigene Krankenhäuser bombardiert, Kinder tötet und Massaker in der eigenen Bevölkerung anrichtet, nicht etwa gegen Terroristen. Am nächsten Tag liefern dann auch Zeitungen Kinder mit Verband um den Kopf. Weitere Beweise werden vermutlich nicht gebraucht. Wenn dann Präsident Macron auch noch den Beweis erhält, dass Assad Giftgas einsetzt, dann wird die Situation sehr gefährlich.

In meinen Augen betreibt Frau Merkel geistige Brandstiftung. Sie fordert die europäischen Staaten auf zu einer Beteiligung am Krieg gegen Syrien. Vermutlich geht es beim Krieg gegen Syrien in erster Linie um die Konfrontation mit Russland. Diese Vermutung lässt das Giftgas-Szenario von England mit unbewiesenen Anschuldigungen gegen Russland zu.

Um ein anderes Land zu überfallen, genügen erfahrungsgemäß den NATO-Ländern Unterstellungen und Vermutungen. Das ist brandgefährlich - nicht auszudenken, wenn im Kreml nicht Putin, sondern Trump säße.

6.4.2018

Sehr geehrter Herr Richter Bormann, sehr geehrte Frau Staatsanwältin, sehr geehrte Gäste,
ich beginne mit dem 2. Teil meiner Rede:

5. Kriegsverbrechen Uranmunition

Der Gebrauch von Uranmunition ist ein nicht zu überbietendes Kriegsverbrechen. Es gehört zu den bösesten aller bösen Taten, die nicht nur in der Gegenwart töten. Uranmunition tötet auch die Zukunft. Krieg mit Uranmunition ist ein Atomkrieg.

„Diese „Wunderwaffe der Alliierten durchdringt einen feindlichen Panzer wie ein Messer die Butter. Dabei verbrennt das radioaktive Uran, das zudem hochgiftig ist, zu winzigsten Nanopartikelchen. Eingeatmet können sie tödliche Krebstumore verursachen und den genetischen Code aller Lebewesen für viele Generationen deformieren. Teile des sog. angereicherten Urans haben eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren. In den betroffenen Ländern sind inzwischen ganze Regionen unbewohnbar geworden. Der deutsche Tropenarzt und Epidemiologe Dr. Siegwart-Horst Günther machte nach dem Golfkrieg 1991 als erster auf die verheerenden Folgen von solchen Urangeschossen aufmerksam und wurde dafür in Deutschland diskreditiert und verfolgt.

Der Film *deadly-dust-todesstaub-uran-munition-und-die-folgen* zeigt bislang wenig bekannte Langzeitfolgen, unter denen besonders die Kinder in den Kriegsgebieten zu leiden haben. Nach Ende des jüngsten Irak-Krieges entdeckten die Experten in der Umgebung von Basra kontaminierte Kriegsschauplätze, deren radioaktive Verseuchung die natürliche Erdstrahlung um das 20.000-fache übertrifft.

<http://www.novinar.de/2012/10/31/deadly-dust-todesstaub-uran-munition-und-die-folgen.html>

Der Film wurde von Grimmepristräger Frieder Wagner gedreht. Dr. Günther wurde von ihm im Irak begleitet. Frieder Wagner schreibt: „Die westliche NATO-Koalition wirft der Assad-Regierung in Syrien trotz fehlender Beweise den Einsatz von Giftgas und chemischen Waffen gegen die eigene Bevölkerung vor. Über den großen Elefanten im Bereich der ABC-Kriegsführung wird dabei großzügig hinweggesehen: Seit zwei Jahrzehnten werden in Kriegen im Irak, Syrien oder Libyen Urangeschosse eingesetzt, die ganze Regionen unbewohnbar machen und die Zivilbevölkerung vergiften.“

Uran-Munition vergiftet auch die US-Soldaten. Das sogenannte „Golfkriegssyndrom“ ist eine Folge von Uranmunition. Es betrifft die Soldaten und ihre Nachkommen. Uranmunition tötet auch die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskiner. Contergan hat Kinder der Mütter, die das Medikament während ihrer Schwangerschaft eingenommen hatten, zum Teil sehr schwer geschädigt, aber die geschädigten Kinder bekamen gesunde Kinder. Beim „Golfkriegssyndrom“ sind jedoch die Gene vieler nachfolgender Generationen geschädigt.

Während das Verbrechen, Uranmunition verschossen zu haben, das Gericht nicht interessierte, wurde Prof. Günther angeklagt zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und der Versuch unternommen, ihn zu psychiatrisieren. Durch den engen Kontakt mit der Friedensbewegung und vor allem den „Mütter gegen den Krieg – Berlin“ <http://muetter-gegen-den-krieg-berlin.de> konnte Prof. Günther der Zwangseinweisung in eine psychiatrische Klinik entgehen. Im Gefängnis wurde er misshandelt. Er ging in Hungerstreik und wurde daraufhin entlassen.

6. Die Münchner Sicherheitskonferenz

In der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ der US-Regierung vom Dez. 2017 heißt es: „China und Russland fordern die amerikanische Macht, ihren Einfluss und ihre Interessen heraus und versuchen Amerikas Sicherheit und Wohlstand zu untergraben... Unsere Aufgabe ist es sicherzustellen, dass die militärische Überlegenheit der USA weiterbesteht...“

Wir werden den Frieden durch Stärke wahren, indem wir unser Militär neu aufstellen, damit es vorherrschend bleibt, unsere Feinde abschreckt und sofern erforderlich, in der Lage ist, zu kämpfen und zu siegen.

Wir werden mit allen nationalen Machtmitteln sicherstellen, dass Regionen der Welt nicht von einer Macht dominiert werden.“

‘sicherstellen, dass Regionen der Welt nicht von einer Macht dominiert werden‘ ist auch so eine Formulierung mit bewusster Unschärfe. Im vorhergehenden Abschnitt wird beschrieben, dass sich die US-Regierung durch China und Russland herausgefordert fühlen. Fakt ist, dass Russland von NATO-Armeen umzingelt wird, obwohl im 2 + 4 – Vertrag vereinbart war, dass nach der Auflösung des Warschauer Paktes sich die Nato nicht weiter gegen Osten ausweitet.

Laut einem am Mittwoch, 28.3.2018 vorgestellten Aktionsplan soll so etwas wie ein militärischer Schengen-Raum entstehen, in dem Truppenbewegungen mit schwerem Kriegsgerät schneller vor sich gehen können. Straßen, Unterführungen, Tunnel, Brücken und Schienen sollen bis 2019 auf ihre Funktionsfähigkeit geprüft und nötigenfalls nachgebessert werden. Dafür wird die EU-Kommission im künftigen Etat ab 2020 zusätzliche Mittel einplanen.

Die USA fühlen sich gegenüber China und Russland in ihrer Vormachtstellung bedroht und flugs schafft die Bundesregierung einen riesigen Stellenausbau in den entsprechenden Ministerien, damit umgehend die Infrastruktur geschaffen wird, die gewährleistet, dass wieder ungebremst Panzer und anderes schweres Kriegsgerät an die „Ostfront“ rollen können.

Für Krieg ist uns nichts zu teuer. Unbedeutend dabei ist, dass im sozialen Bereich: in Kindereinrichtungen, Krankenhäusern, im Pflegebereich oder Bildungseinrichtungen durch fehlende Geldmittel und Arbeitskräftemangel immer krassere Notstände entstehen und darüber hinaus soziale Verwerfungen.

Zusammenfassung:

Ich habe viel Zeit und Kraft in diese Rede investiert. In all den Jahren meiner Bemühungen sehe ich immer wiederkehrende Muster in der juristischen Abwertung meiner Arbeit und die anderer Aktivistinnen und Aktivisten. Mit dieser Arbeit will ich dokumentieren, wie neoliberales Wirtschaftssystem, Krieg und Faschismus eine Einheit bilden, sich gegenseitig bedingen und verstärken und zu immer krasserem sozialen Verwerfungen führen und zu Kriegen und immer mehr Kriegen.

Dieser Dynamik kann nur eine starke Zivilgesellschaft regulierend begegnen. Unverzichtbar dafür ist auch eine mündige Justiz.

„Ein neues Deutschland kann, wenn es leben und geachtet sein will, nicht dulden, dass Richter sich wieder zu Helfershelfern von Mordgesellen machen“. Dieses Zitat wiederhole ich an dieser Stelle, weil ich in Fritz Bauers Worten die Sorge spüre vor der Wiederkehr von Krieg und Faschismus in unserem Land, und ich erlebe heute mit Entsetzen, wie begründet seine Sorge war.

So haben sich die Richter des BVerfGs, die 1994 für die Out-of-Area-Entscheidung gestimmt haben, zu Helfershelfern heutiger Mordgesellen machen lassen. Das wissen wir seit der Beteiligung der Bundeswehr an dem Überfall auf Jugoslawien. 1994 wurde das Recht der Bundesrepublik in seinen Grundfesten erschüttert.

Damit der Rechtszustand vor 1994 wieder hergestellt und der den Kriegen dienende Unrechtszustand für die Zukunft geheilt wird, muss die Out-of-Area-Entscheidung schnellstens zurückgenommen werden. Damit wäre wieder eine bedeutsame gesetzliche Hürde gegen Kriege geschaffen.

Eile ist geboten. Wir erleben derzeit nach dem Ende des II. Weltkrieges nie dagewesene Verleumdungen, Provokationen und Kriegshetze gegen Russland.

Zwei ungeklärte Gift-Mordversuche in England genügen dafür, dass von der britischen Premierministerin lauthals verkündet wird: „Putin war‘sl!“ Inzwischen haben die neuesten Laborergebnissen vom britischen Militär ergeben, dass keine Beweise gefunden wurden, dass das Gift von Russland stammt.

Russland bittet daraufhin um Einberufung einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates. Die Abstimmung erreicht nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit und Drohungen und Anschuldigungen gegen Russland gehen weiter.

„Die USA drohen nun mit weiteren Schritten. Auch um die Kongresswahlen im November vor russischem Einfluss zu schützen, werde es „weitere Dinge geben – und zwar bald“, sagte Geheimdienstkoordinator Dan Coats.“

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/04/05/russland-ruft-wegen-gift-ffaere-un-sicherheitsrat/>

Der Wahrheitsfindung dient das nicht. Diese kriegstreiberischen Praktiken von USA und Großbritannien sind brandgefährlich. Leider werden sie von der Regierung der Bundesrepublik mitgetragen und auch von den meisten europäischen Staaten. Rühmliche Ausnahmen sind Griechenland und Österreich.

Diese Ereignisse belegen wiederholt: Die NATO ist kein Verteidigungsbündnis, die NATO ist ein Angriffsbündnis und wer da mitmacht, macht sich zu Helfershelfern von Mordgesellen. Es ist hoch an der Zeit, dass die Bundesrepublik aus den militaristischen Strukturen der NATO ausscheidet. Deutschland würde damit ein deutliches friedentiftendes Signal geben. Es ist durchaus realistisch, dass dann bereits von der NATO geplante Kriege nicht stattfinden werden und die Welt würde

wieder ein Stück weit weg sein vom Rand eines III. Weltkrieges.

Die schweigende Menge, die das alles ohne Aufschrei geschehen lässt, ist ein erschreckender Ausdruck dafür, wie tief in unserem kollektiven Bewusstsein verankert ist: Menschenrechte sind nicht unteilbar. Menschenrechte nur für die Guten! Den Bösen dürfen Menschenrechte aberkannt werden. Wer die Guten und wer die Bösen sind, das entscheiden die Machteliten, dieselben, die auch darüber entscheiden, welches Land als nächstes von einem Bösewicht befreit werden muss.

„Die Würde des Menschen ist antastbar!“ ist das Motto der diesjährigen Jahrestagung des Internationalen Versöhnungsbundes – Zweig Deutschland. Es erfüllt mich mit Freude, dass wir uns an drei Tagen aus unterschiedlichen Perspektiven diesem wichtigen Thema nähern werden. Ich glaube, zuerst wird immer die Würde einer bestimmten Gruppe von Menschen angetastet, bevor bombardiert wird.

Ich bin eine Frau, die sich ihr Leben lang bemüht hat, Recht und Gesetz zu achten und zu befolgen, aus dem einfachen Grund, dass ich sie als wichtige Basis für menschliches Miteinander ansehe. Ausnahmen sind kleine Gruppen von Menschen, die in Familien und familienähnlichen Gemeinschaften leben. Die brauchen keine festgeschriebenen Gesetze. In derartigen Gemeinschaften braucht man Vertrauen und gegenseitigen Respekt, das genügt.

Wenn ich also ganz bewusst Hausfriedensbruch begehe, um festgenommen zu werden und um mich dafür vor Gericht zu verantworten, so sollten Sie, Frau Staatsanwältin und Sie, Herr Richter, davon ausgehen, dass ich dafür gewichtige Gründe habe.

Mir geht es vor allem darum, dass von Ihnen die Kriegsverbrechen, auf die ich in meiner Rede inhaltlich sehr ausführlich eingegangen bin, juristische Beachtung finden, im Gegensatz zu Ihren vorherigen Urteilen. Sobald Sie von Verbrechen in unserem Land erfahren, aber wegschauen und nichts gegen die Verbrechensbekämpfung unternehmen, haben Sie nach meiner Auffassung als Juristen versagt und stellen sich auf die Seite der Täter.

Ich erwarte von Ihnen dass Sie sich nicht weiterhin darauf beschränken, immer nur unsere symbolhaften Mini-Delikte zu verurteilen, während Sie gleichzeitig über die Kriegsverbrechen, die hier vorbereitet werden, hinwegsehen mit der Begründung, das könnten Sie nicht beurteilen. Gleichzeitig lehnen Sie aber die von uns aufgezeigte Möglichkeit ab, auf dem Gebiet des Völkerstrafrechtes kompetente Berufskollegen als Zeugen vorzuladen, die Ihnen da gern weiter helfen würden, damit Sie in der Lage sind, zu beurteilen, ob es sich um Vorbereitung von Kriegsverbrechen handelt, was in der Colbitz-Letzlinger Heide geschieht.

Ich stelle den Antrag, Herrn Diether Deiserot als Zeugen vorzuladen zu diesem Zweck.

Meine gewaltfreie Aktion stellt in Verbindung mit diesem Gerichtsprozess ein angemessenes Mittel dar, daran zu arbeiten, die Gefahr immer weiterer Kriege abzuwenden.

Ich nehme für mich §34 StGB in Anspruch – Rechtfertigender Notstand.
§34 StGB: Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

Ich habe in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine gewaltfreie Tat begangen, um die ständig bedrohlicher werdende Kriegsgefahr von mir und anderen abzuwenden. Die Gefahr, die ich versuche abzuwenden, hat einen Doppelcharakter. Diese Gefahr ist sowohl gegenwärtig, als auch ständig vorhanden.

Entsprechend §34 StGB handelte ich nicht rechtswidrig, da bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte, wesentlich überwiegt. Dies gilt, weil die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr künftig abzuwenden. Das wird nicht sofort passieren – dagegen machen sich die Kriegsgewinner stark. Darauf ist Verlass. Aber ein Impuls ist gegeben und es ist wichtig, den weiter zu beleben. Damit das geschehen kann, bitte ich um Ihre Mitwirkung, sehr geehrte Frau Staatsanwältin, sehr geehrter Herr Richter.

Bei Abwägung der widerstreitenden Interessen sind also einerseits festzustellen die Interessen von Vertretern des militärisch- industriellen Komplexes und andererseits die Interessen der Bevölkerung:
Konzern-und Bankenvertreter des militärisch-industriellen Komplexes haben Interesse an immer mehr Kriegen, weil sie an jedem Krieg verdienen. Demgegenüber will die überwältigende Mehrheit der Menschheit Frieden. Ich unterstelle, wir sind uns einig, dass die Friedenssehnsucht der überwiegenden Mehrheit der Menschheit höherrangig ist, als die Konzerninteressen an Kriegen.

Somit sind die Lebensinteressen unserer Bürger durch die deutsche Politik ebenso bedroht, wie die der Menschen in den Ländern, die von den NATO-Armeen überfallen werden.

Diese Feststellung möchte ich kurz erläutern: Die Kriegsgefahr ist ständig gegenwärtig, da ja Krieg fast täglich in der Colbitz-Letzlinger Heide geübt wird, um dann wenig später, das was hier trainiert wurde, blutige Realität werden zu lassen, in Ländern, die uns nicht bedrohen und deren Bürgerinnen unsere Soldaten nicht kennen. Auf Befehl töten sie Menschen, denen sie vielleicht Freunde wären in Zeiten des Friedens.

Die Gefahren sind groß und die Macht der Brandstifter dahinter ist gigantisch. Selbstverständlich kann nicht eine alte Frau aus der Friedensbewegung und auch kein junger Mensch mehr tun, als Impulse in die richtige Richtung geben und darauf hoffen, dass solche Impulse ansteckend wirken, wie das ja immer wieder einmal geschieht. Daraus kann sich eine Befreiung aus dem unheilvollen Trio Neoliberalismus, Faschismus, Krieg und ein humanes Lebensmodell entfalten. Planbar ist das nicht. Es ist das Vertrauen in die dynamische Kraft des gewaltfreien Widerstandes, das solche Visionen befördert und Kräfte des Handelns entstehen lässt.

Zu DDR-Zeiten habe ich Gedichte gelernt für den Fall, dass ich ins Gefängnis komme. Ich wollte dann einen gewissen kulturellen Fundus in mir verfügbar haben. So kommen mir häufig passende Gedichte oder auch nur wenige Zeilen in den Sinn:

Hölderlin: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch...“

Das Rettende kann überall wachsen, auch in einem kleinen Gerichtssaal in der Altmark. Schau'n wir mal...

Mit sogenannten legalen Mitteln allein, sind die Gefahren, um die es hier geht, nicht abwendbar, das hat sich durch meine Lebenswirklichkeit hinreichend bestätigt: Die BI Offene Heide, deren Gründungsmitglied ich bin, demonstriert seit 1993 gegen die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide. Fast 25 Jahre Protest blieben wirkungslos.

Außerdem habe ich an Herrn Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank eine Strafanzeige geschickt, gemäß § 80 StGB i.V. mit Art.26 Abs. 1 GG gegen alle Mitglieder des Deutschen Bundestages (Regierungsmitglieder eingeschlossen), die am 04.12.2015 für den Bundeswehr-Einsatz in Syrien gestimmt haben. Die Strafanzeige blieb ebenfalls wirkungslos.

So ist meine Erfahrung: Ich darf machen was ich will, so lange es wirkungslos bleibt.

Ich beantrage, dass Sie meine völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Argumentation dem Bundesverfassungsgericht in Form einer Richtervorlage zur Verfügung stellen.

Weiterhin beantrage ich einen Freispruch. Mein Handeln ist sowohl durch die UN-Charta gedeckt, als auch durch GG. Art. 25 und §34 StGB. Meine gewaltfreie Aktion wurde durch das Versagen der deutschen Justiz erforderlich.

Es fühlt sich zynisch an, wenn ich bei allen diesen Prozessen immer wieder höre, wie auch bei diesen hier vorangegangenen, wir müssten doch einsehen, dass unsere Aktionen nichts brächten. Wir würden doch sehen, die Kriege gehen weiter und die Kriegsvorbereitungen auch. Unsere Mittel seien folglich nicht die geeigneten, folglich würde §34 StGB nicht gelten.

Sie Frau Staatsanwältin und Sie Herr Richter können sich dafür entscheiden, wieder die kleine Straftat zu bestrafen und über die großen Verbrechen, auf die ich hinweise, hinwegzusehen. Sie können aber auch meinen Impuls aufnehmen und mit Ihrem juristischen Sachverstand einen friedensfördernden Beginn starten. Artikel 25 Grundgesetz: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ fordert doch genau dieses Verhalten von Ihnen. Das würde bedeuten, dass Sie meinen Hausfriedensbruch als das nehmen, als was er gemeint ist, nämlich als meinen verzweifelten Versuch, die Kriegsverbrechen hinter meinem Mini-Vergehen wahrzunehmen und mit Mut und juristischem Sachverstand dagegen aufzustehen.

Andernfalls folgen Sie in Ihrer Rechtsprechung demselben Muster, das auch zum Urteil von Prof. Günther geführt hat, als er das Verbrechen Uranmunition aufgedeckt hat, jedoch das Verbrechen Uranmunition das Gericht nicht interessierte.

Dieses Muster wiederholt sich bei allen deutschen Gerichten, bei denen ich Prozesse gegen Friedensaktivist*innen erlebt habe, die gegen illegale Kriege gegen Völkerrechtsverbrechen oder gegen die Atombomben auf dem Fliegerhorst Büchel tätig wurden: In all den Fällen verüben Menschen, die – so weit mir bekannt ist - Recht und Gesetz achten, kleinste Delikte, um auf schlimmste Verbrechen gegen die Menschheit aufmerksam zu machen, und immer sind die Urteile ähnlich. Erfreulich ist, dass wir immer wieder Richter*innen begegnen, bei denen zu spüren ist, wie unwohl sie sich fühlen, wenn sie uns verurteilen und dass sie ahnen, sie sprechen nicht Recht.

Sven Lindqist schreibt:

„Du weißt bereits genug. Und ich ebenso. Uns fehlt es nicht an Wissen. Woran es uns mangelt, ist der Mut, zu verstehen, was wir wissen, und Schlüsse daraus zu ziehen.“

Im Vertrauen auf den Großen Wandel, den wir erleben und deren Teil wir zum Teil schon sind, vertraue ich vor allem auf die alles verwandelnde Kraft der Güte und Gewaltfreiheit. Mit immer mehr Kriegen, immer mehr und immer furchtbareren Waffen kann nur alles noch schlimmer werden. So wird es, wenn es überhaupt noch einen Weg aus dem Chaos gibt, nur den der Gewaltfreiheit geben.

Auf dem Hintergrund dieser Hoffnung haben wir in Stendal einen kleinen Friedenskreis, der sich einmal monatlich trifft, in dem wir versuchen, den Wandel mit zu gestalten.

Unser Flyer liegt bei der Rede.

Wenn Sie, Frau Staatsanwältin und Sie Herr Richter Lust haben, dabei mit zu arbeiten, sind Sie herzlich eingeladen. Ebenso natürlich alle, Gäste.

Hier noch einige kleine Perspektivwechsel:

IPPNW (Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges) erhielten 1985 den Friedensnobelpreis.

Bundeskanzler Helmut Kohl, den CSU-Vorsitzenden Franz-Joseph Strauß und den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler waren darüber empört. Sie bezeichneten die weltweit über 100 000 Ärztinnen und Ärzte als „Weltverschwörer gegen das christliche Abendland, die im Vorfeld kommunistischer Frontorganisationen tätig sind.“ Das Nobelpreiskomitee antwortete Bundeskanzler Kohl, vor ihm hätte nur ein deutscher Kanzler gegen eine Friedenspreisverleihung protestiert und das war Adolf Hitler gegen die Auszeichnung des KZ-Häftlings Carl von Ossietzky im Jahr 1935.

Am 20.10 2017 stand in der Frankfurter Rundschau ein Artikel unter der Überschrift:

„Aus Oslo der Nobelpreis, aus Aachen der Friedenspreis, aus Cochem ein Strafbefehl – Was ist schon ein Hausfriedensbruch gegen die drohende Zerstörung unserer Welt?“

Es geht dabei um ICAN – eine von IPPNW 2017 gegründete Vereinigung. ICAN hat dafür gearbeitet, dass unter dem Dach der Vereinten Nationen ein Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 122 Nationen unterzeichnet wurde. Deutschland hat nicht unterzeichnet.

Für diese Arbeit wurde ICAN mit dem Friedensnobelpreis 2017 ausgezeichnet und auch im selben Jahr mit dem Aachener Friedenspreis. Vom Amtsgericht Cochem erhielten einige Aktivist*innen von ICAN einen

Strafbefehl wegen Hausfriedensbruchs im Fliegerhorst Büchel, wo amerikanische Atombomben lagern.

Zum Schluss noch ein Mutmacher von Lao Tse:

Für die Raupe ist es das Ende der Welt – für den Rest der Welt heißt es Schmetterling“

Lao-Tse

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit